

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Hochschule

Verkehr

Ortsumgebung B 64n



Liebe Leserinnen und Leser,

die Kritik an den Plänen der Landesregierung zur Einführung des „Hochschulfreiheitsgesetz“ werden immer lauter - und das zu Recht. In Nordrhein-Westfalen fürchten Professoren, Hochschulleitungen und Studierende um die Hochschulautonomie. Aus diesem Grund haben die Vorsitzenden der Hochschulräte der Universitäten und Fachhochschulen Anfang Januar einen offenen Brief an die Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) gerichtet. Dasselbe taten auch 800

Wissenschaftler, die in einem gemeinsamen Schreiben die Entwurfsfassung des neuen Landeshochschulgesetzes missbilligen und darum bitten ihn zurückzuziehen. Dies fordert auch die CDU in ihrem Antrag. Der Gesetzentwurf soll Transparenz herstellen und Chancengleichheit schaffen, so verspricht es das Ministerium. Davon kann nach Meinung von Professoren, Hochschulen und Studierenden jedoch nicht die Rede sein. Die Gesetzesno-



(Bild: Thomas Kölsch/pixelio.de)

velle sieht unter anderem vor, dass die Landesmittel nicht mehr in das Vermögen der Hochschulen übergeben werden sollen. Dadurch verlieren die Unis faktisch ihre budgetäre Selbstverantwortung. Außerdem möchte die Ministerin über die Zahl und Art der Fächer sowie über die Zulassung von Studenten mitbestimmen.

Das ist kein Hochschulfreiheitsgesetz, sondern ein Hochschulermündigungsgesetz und gehört deshalb in den Papierkorb. Alle Beteiligten haben das erkannt! Wann gehen endlich der Ministerin die Augen auf?

Ihre

A. Birkhahn

Astrid Birkhahn

Schützenbrauchtum soll Weltkulturerbe werden

Die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn fordert zusammen mit ihrer Fraktion, das Schützenbrauchtum als Weltkulturerbe in die Liste der Unesco aufzunehmen. Einen entsprechenden Antrag bringt die Fraktion am 30. Januar 2014 in den Landtag Nordrhein-Westfalen ein.

„Im Kreis Warendorf sind die Schützen eine festverankerte Größe und spielen eine wichtige Rolle. Beim Schützenbrauchtum stehen ideelle Werte wie Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Glaube, Sitte und Heimat im Mittelpunkt. Die Weitergabe dieser Werte ist in der heutigen Zeit keinesfalls mehr selbstverständlich. Viele Menschen haben jedoch den Wunsch, diese Grundwer-

te öffentlich zu pflegen. Damit leisten die Schützen einen Beitrag für die Gemeinschaft, gleichzeitig vermitteln sie Werte und Traditionen und tragen zur Identifikation unserer Lebensgemeinschaft mit der Heimat bei“, sagt Birkhahn.

Die CDU will mit ihrem Antrag die Anerkennung und Unterstützung des Schützenbrauchtums stärken. „Wir unterstützen die Initiative der Europäischen Gemeinschaft Historischer Schützen, das Bewusstsein für die Bedeutung des Schützenbrauchtums zu stärken. Ich hoffe sehr, dass die Landesregierung unserem Vorschlag stattgibt. Dies wäre ein wichtiger erster Schritt zur Aufnahme in die Liste der Unesco“ so Birkhahn.

Steuerhinterziehung muss konsequent bekämpft werden – Steuerabkommen mit der Schweiz sinnvolle Lösung

Angesichts der gestiegenen Zahl von Steuer-Selbstanzeigen fordert die CDU-Landtagsfraktion eine konsequente Bekämpfung von Steuerbetrug. „Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Sie schadet nicht nur dem Staat, sondern ganz konkret jedem einzelnen Bürger und jeder einzelnen Bürgerin. Deshalb muss der Betrug konsequent verfolgt und bestraft werden“, erklärte Birkhahn.

Das unkritische Loblied von Finanzminister Walter Borjans auf die gestiegene Zahl der Selbstanzeigen in NRW vermag sie jedoch nicht mitsingen. Birkhahn: „Erstens ist die Zahl der Selbstanzeigen in Baden-Württemberg mit 6.080 weitaus höher als in NRW mit 4.257. Dabei ist NRW das bevölkerungsreichste Bundesland. Und zweitens ist sowohl bei den Selbstanzeigen als auch beim Ankauf von Steuer-CDs stets Kommissar Zufall auf Streife.“

Besser wäre daher ein neues Steuerabkommen mit der Schweiz. „Es wäre gut, wenn Herr Walter-Borjans im Jahr 2014 genauso viel Energie darin investieren würde, sich konstruktiv an neuen Verhandlungen für ein Steuerabkommen zu beteiligen, wie in die Produktion immer neuer Pressemeldungen. Der gemeinsa-

men Sache wäre damit sicherlich mehr geholfen“, sagte Birkhahn. Allein in Nordrhein-Westfalen würde das Abkommen „drei Milliarden Euro in die Kasse spülen – zwei Milliarden sofort und bis 2020 noch einmal eine Milliarde Euro“, so Birkhahn.



Die CDU-Landtagsfraktion will den Steuerbetrug bekämpfen und sieht ein Steuerabkommen mit der Schweiz als geeignetes Mittel dafür an. (Bild: Kurt F. Domnik/pixelio.de)

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Der Landtag in Düsseldorf startete mit den Plenardebatten am 29., 30. und 31. Januar ins neue Jahr. Die CDU-Landtagsfraktion brachte insgesamt zwölf Anträge und Gesetzesentwürfe in den Landtag ein. Die CDU fordert unter anderem in einem Antrag eine gerechte und **ausreichende Platzvergabe bei Masterstudiengängen**. Die Entwicklung der Studienanfänger-, Bachelor- und Mas-



terzahlen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen müsse neu und transparent aufgearbeitet werden, damit zukünftig genügend Plätze zur Verfügung stehen. In einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen will der Landtag ein breites Bündnis gegen Analphabetismus schaffen und die Anstrengungen der Volkshochschulen und anderen Weiterbildungseinrichtungen fördern. Die CDU-Landtagsfraktion will in Zukunft zudem die **Inklusion im Sport** gezielter fördern. Mit einem Antrag plädiert sie für einen Aufbau eines strukturierten, systematischen und berufsbegleitenden Fortbildungsangebotes im Bereich der Inklusion für alle Berufstätigen mit einem Sporthochschulabschluss. Zudem hat die CDU einen Gesetzesentwurf zur Vorlage einer **verbindlichen Finanzplanung** bis 2020 in Plenum eingebracht. Alle Entscheidungen der vergangenen Plenarwoche finden Sie im Internet unter: www.landtag.nrw.de.

Rot-Grün macht NRW zum Stauland Nummer eins



Die aktuelle Staubilanz des ADAC bestätigt das, was viele Autofahrer in NRW bereits ahnten: NRW ist das Stauland Nummer eins. (Bild: Th. Reinhardt/pixelio.de)

Aus den Ergebnissen der ADAC-Staubilanz geht hervor, dass Nordrhein-Westfalen zum Stauland Nummer eins in Deutschland avanciert ist. 29 Prozent aller Staumeldungen in Deutschland entfallen auf NRW, während es etwa in Bayern 15 Prozent und in den fünf ostdeutschen Ländern lediglich sieben Prozent sind.

Die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn übt angesichts dieser Zahlen deutliche Kritik an der rot-grünen Verkehrspolitik. „Unter rot-grüner Regierungsverantwortung hat sich NRW zum Stauland Nummer eins entwickelt – und zwar mit deutlichem Abstand zu den anderen Bundesländern. Das ist vor allem ein Armutszeugnis für NRW-Verkehrsminister Groschek“, erklärte Birkhahn.

Beispiele für das rot-grüne Missmanagement gebe es zuhauf. Birkhahn: „Alleine die Pannenplanung zur Sanierung der A52-Ruhrthalbrücke mussten jeden Tag Hunderttausende Autofahrer in kilometerlangen

Staus ausbaden. Nach Berechnungen des NRW-Verkehrsministeriums hat dieser Eingriff einen volkswirtschaftlichen Schaden von 3,3 Millionen Euro verursacht. Die Zahl der Unfälle ist in dem Sanierungszeitraum von 264 auf 439 in die Höhe geschossen.“

Von vielen Experten wird zudem moniert, dass NRW im Jahr 2013 rund 44 Millionen Euro an Fördermitteln des Bundes für den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen nicht abgerufen hat. Dazu Birkhahn: „Dieser Vorgang zeigt: Die ständigen rot-grünen Versuche, dem Bund den Schwarzen Peter für fehlende Investitionsmittel zuschieben zu wollen, sind nichts anderes als ein billiges Ablenkungsmanöver vom eigenen Versagen. Herr Groschek muss die eigenen Planungen in NRW vorantreiben, anstatt auf den Bund zu schimpfen und Fördermittel zu verschenken. Doch dazu ist er ganz offensichtlich nicht in der Lage. Für ihn sind immer alle anderen schuld. Eigene Versäumnisse will er sich nicht eingestehen“.

Landesregierung will Lebensmittelbranche in die Mangel nehmen

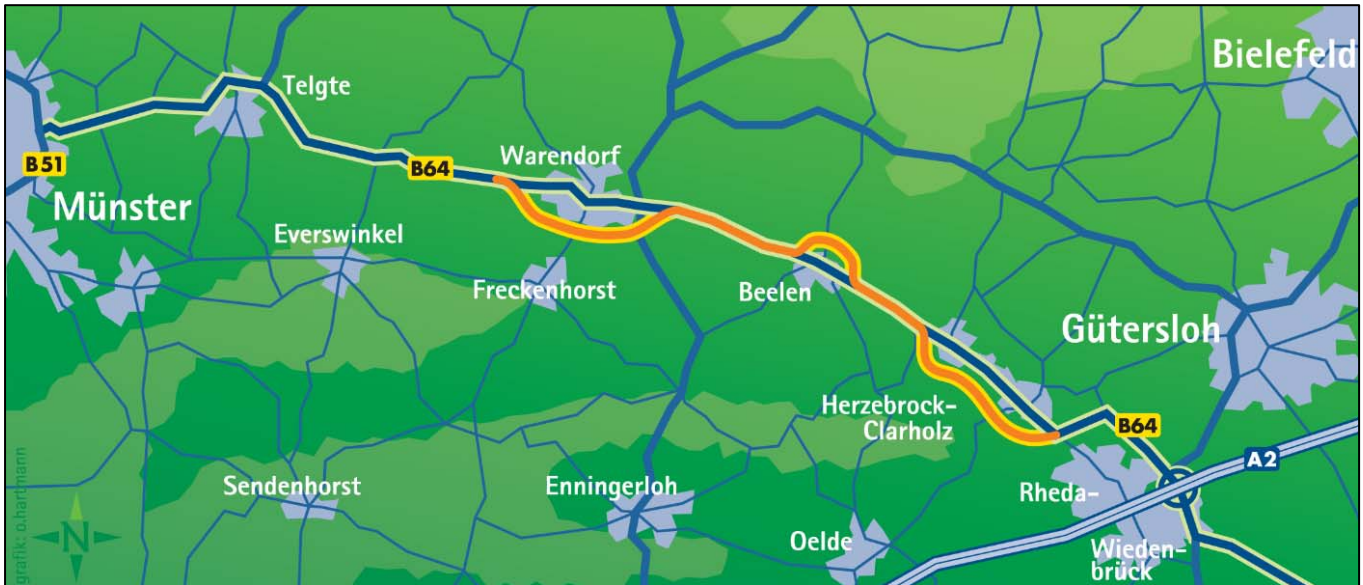
Gebührenpflichtige Regelkontrollen, strengere Auflagen für Lebensmittelunternehmen und Discounterketten sowie Stellenkürzungen bei den kommunalen Lebensmittelüberwachungsämtern: Das sind die Folgen der geplanten Zentralisierung der Lebensmittelkontrolle in NRW.

Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage der CDU-Landtagsabgeordneten Astrid Birkhahn und Ursula Doppmeier hervor. Die Landesregierung erklärt in ihrer Antwort, dass zukünftig jedes überregionale Unternehmen in der Lebensmittelbranche vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) kontrolliert werden soll. Darunter

fallen auch Handels- und Discounterketten und systemgastronomische Einrichtungen wie z.B. Fast-Food-Ketten.

„In der Branche ist fast jeder Betrieb überregional tätig. Damit reißt die Landesregierung willkürlich die Überwachung fast aller Betriebe an sich. Für die kommunalen Lebensmittelüberwachungsämter der Kreisordnungsbehörden bleibt nur noch die Imbiss-Bude um die Ecke“, sagt Birkhahn. Aus der Antwort auf die kleine Anfrage geht zudem hervor, dass die zusätzlich entstehenden Kosten für die durchzuführenden Kontrollen und das Personal des LANUV durch eine Gebührenerhebung für die Betriebe gedeckt werden sollen.

Warendorf und Beelen müssen weiter auf Ortsumgehung B 64n warten



Die Straßengrafik zeigt, woher die drei Teilabschnitte der B 64n verlaufen sollen.

Der geplante Bau der Ortsumgehungstraße B 64n wird von der Landesregierung weiterhin nur als nachrangig eingestuft. Damit ist die Umsetzung des Projektes gefährdet. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Astrid Birkhahn und Ursula Doppmeier hervor. Von den drei geplanten Teilabschnitten wird weiterhin nur der Abschnitt Warendorf mit einer vorrangigen Priorisierung versehen. Herzebrock-Clarholz und Beelen werden in den Planungen der Landesregierung nur nachrangig behandelt. In der Antwort der Landesregierung heißt es dazu: „Derzeit ist grundsätzlich keine Änderung der Priorisierung vorgesehen“.

„NRW-Verkehrsminister Groschek bestätigt in seiner Antwort die Vermutung, dass er die Ortsumgehungstraßen B 64n still und leise unter den Tisch fallenlassen will“, so Birkhahn.

Der NRW-Verkehrsminister macht eine neue Projektbewertung vom Bundesverkehrswegeplan 2015 abhängig. Der Plan wird derzeit erarbeitet. „Die Landesregierung hat zwar alle drei Teilabschnitte zur Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015 eingereicht, jedoch ist die Priorisierung des Landes entscheidend. Die drei Teilabschnitte wurden bereits in den Bundesverkehrswegeplan 2003 aufgenommen. Die rot-grüne Landesregierung hat die Projekte trotzdem nur nachrangig eingestuft und damit deren Umsetzung bis heute verhindert. Seit mehr als 30 Jahren warten die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Herzebrock-Clarholz und Beelen sowie der Stadt Wa-

rendorf auf eine Entlastung von Lärm, Staub und Abgasen durch die chronisch verstopfte Bundesstraße 64“, sagte Birkhahn.

Mit dem Bau der Ortsumgehungen als B 64n erhofft sich die Region zudem einen zusätzlichen leistungsfähigen Verkehrsweg. „Seit der letzten Priorisierung des Bundes und Landes hat das Bauprojekt weiter konkrete Formen angenommen. Zudem gibt es mittlerweile eine breite Zustimmung für das Projekt durch die Politik vor Ort, einen Großteil der Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft. Die von der Landesregierung geforderten Kriterien für eine „vorrangige Planungsstufe“ sind damit aktuell gegeben und eine weitere Verzögerung nicht hinnehmbar“, so Birkhahn.

Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 - 2744
Telefax: 0211 - 884 - 3346
E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de
www.astrid-birkhahn.de